



Oberbürgermeister Thomas Geisel

Rede anlässlich der Einbringung des Haushaltsplanentwurfes für das Jahr 2016,
gehalten am 10. September 2015 im Plenarsaal des Rathauses

- *Es gilt das gesprochene Wort!* -

Herr Bürgermeister,
meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

lassen Sie mich meine Haushaltsrede mit einem kurzen Rückblick beginnen; immerhin ist es heute ziemlich genau ein Jahr her, seit ich dieses Amt übernehmen durfte.

Wenn ich das zurückliegende Jahr Revue passieren lasse, kommen mir sehr viele positive Erfahrungen, zum Teil auch positive Überraschungen in den Sinn.

Sehr positiv beispielsweise habe ich in Erinnerung, wie ich, nachdem ich mein Amt angetreten hatte, in dieser Verwaltung aufgenommen wurde. Mir wurden große Erwartungen, vor allem aber ein großer Vertrauensvorschuss entgegengebracht. Dafür bin ich sehr dankbar.

Ich habe versucht, diesen Vertrauensvorschuss zurückzugeben und habe nicht – wie man so sagt - mit dem eisernen Besen durchgekehrt. Stattdessen habe ich ganz bewusst unter der Prämisse gehandelt: Ich arbeite mit allen zusammen, die mit mir zusammenarbeiten wollen und schaue nicht auf die Vergangenheit und auf das Parteibuch. Ich bin überall auf sehr motivierte, auf sehr kompetente, sehr sachkundige und sehr loyale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gestoßen.

Angesichts dieser Erfahrung habe ich mich ein bisschen darüber gewundert, als ich dann in einer Presseerklärung lesen musste: Für Geisel zählt nur das Parteibuch. Ich muss Ihnen sagen: Wer so etwas behauptet, der war entweder im letzten Jahr nicht in Düsseldorf, oder er bekam gar nichts mit, oder er kann sich einfach nicht trennen von der Vorstellungswelt, die vielleicht die 14 Jahre davor üblich war.

Wenn ich mir meine Personalentscheidungen anschau - die Besetzung des Sportamtes, des Hauptamtes, des Rechnungsprüfungsamtes, die Benennung der Flüchtlingsbeauftragten, die Leitung der Projektgruppe Schulbau - da war nicht das Parteibuch maßgeblich. Und in Bezug auf die Personalien Dorothee Schneider oder Stefan Ferber: Ja, das sind Sozialdemokraten. Aber es gibt auch Sozialdemokraten, die sich durch Eignung, Befähigung und fachliche Leistung für oberste Führungsämter der Verwaltung qualifizieren.

Und sollte es dem Bau- und Planungsdezernenten gefallen – was ich bedauern würde –, einem Ruf nach Mönchengladbach zu folgen, dann wird selbstverständlich auch diese Funktion ausschließlich nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung und nicht nach Parteibuch besetzt.

Überhaupt war und ist die Zusammenarbeit im Verwaltungsvorstand - ebenfalls über Parteigrenzen hinweg - sehr positiv. Es war und ist eine menschlich angenehme und fachlich professionelle Zusammenarbeit, die ich sehr schätze. Dafür ganz herzlichen Dank.

Ganz besonders danken möchte ich dem leider scheidenden Stadtdirektor. Lieber Manfred, ich darf das ganz persönlich sagen: Es war nicht nur menschlich angenehm, es war auch persönlich eine – ich darf sagen – freundschaftliche Zusammenarbeit, bei der ich viel gelernt habe, und bei der wir auch gemeinsam manches angestoßen haben. Ganz, ganz herzlichen Dank dafür.

Bedanken möchte ich mich auch bei den Kolleginnen und Kollegen vom Personalrat. Ich freue mich sehr darüber, dass wir zurückgefunden haben zu einer offenen, zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit. Ich glaube, die Zeiten, in denen man sich gegenseitig belauert und schaut, wer da was verkehrt gemacht haben könnte, sind vorbei.

Es ist klar, wir sind nicht immer derselben Auffassung – das wäre auch ungewöhnlich –, aber ich glaube, es besteht auf beiden Seiten, bei der Verwaltungsspitze wie beim Personalrat, das gemeinsame Bewusstsein, dass wir die großen Herausforderungen, vor denen wir stehen, insbesondere im Zusammenhang mit der Verwaltungsstrukturreform, nur auf der Grundlage einer vertrauensvollen und transparenten Zusammenarbeit lösen können. Ich jedenfalls freue mich auch weiterhin darauf.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, die vielleicht überwältigendste positive Erfahrung, die ich im zurückliegenden Jahr machen durfte, war das großartige bürgerschaftliche Engagement, der unglaubliche Bürgersinn, die Hilfsbereitschaft, die Solidarität, die Großzügigkeit, die diese Stadtgesellschaft, die die Düsseldorferinnen und Düsseldorfer, an den Tag gelegt haben, insbesondere wenn es um die Bewältigung von Herausforderungen, die wir gar nicht planen konnten, gegangen ist.

Ich nenne das Beispiel „Ela“, den schrecklichen Orkan, der unsere Stadt verwüstet hat. Da hat jeder gespürt, diese Stadtgesellschaft macht es sich zu ihrer Aufgabe, die verheerenden Folgen des Orkans zu beseitigen und die städtischen Grünanlagen wiederherzustellen. Mit einer Welle der Hilfsbereitschaft und vielen phantasievollen Aktionen haben wir sagenhafte 2,5 Millionen Euro private Spenden eingesammelt. Das macht Düsseldorf so schnell niemand nach. Dafür ganz herzlichen Dank.

Auch beim Umgang mit den Flüchtlingen, die hier in Düsseldorf Zuflucht suchen, hat in Düsseldorf die gesamte Stadtgesellschaft über die Kirchen, über das Brauchtum, über alle Parteien, die hier vertreten sind, hinweg – eine einzigartige Willkommenskultur entwickelt.

Es macht mich stolz, dass diese Stadt demonstriert, dass Weltoffenheit, dass Humanität, dass praktizierte Nächstenliebe hier in Düsseldorf nicht nur in Sonntagsreden proklamiert, sondern täglich von ganz, ganz vielen Bürgerinnen und Bürgern gelebt werden. Auch dafür ganz herzlichen Dank.

Stellvertretend für die vielen Helferinnen und Helfer, für die vielen Menschen, die ehrenamtlich tätig sind, um diese Menschen zu empfangen, unterzubringen, zu betreuen und perspektivisch zu integrieren, möchte ich der Flüchtlingsbeauftragten Miriam Koch, sowie dem zukünftigen Stadtdirektor Burkhard Hintzsche für die Leitung des Krisenstabes danken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es gab, wie gesagt, sehr viele positive Erfahrungen und Überraschungen. Leider gab es aber auch nicht so positive. Die Negativste war wohl, dass die Kasse weitestgehend leer ist. Die Nummer mit dem Sparschwein, das mir die CDU zum Amtsantritt geschenkt hat, war natürlich ein Taschenspielertrick.

Denn in der Tat waren im Liquiditätspolster der Landeshauptstadt Düsseldorf im Jahr 2008 zwar noch über 700 Millionen Euro. Doch das ist nahezu linear abgeschmolzen und beträgt gegenwärtig gerade noch knapp 100 Millionen Euro.

Wir haben in den letzten sechs Jahren über unsere Verhältnisse gelebt. Wir haben mehr Geld ausgegeben, als wir eingenommen haben. Und was das besonders missliche ist, ist wie wir dieses Geld ausgegeben haben.

Wir haben die Erlöse aus der Anteilsveräußerung der Stadtwerke, einem Renditeobjekt, genommen, um – jedenfalls zu einem erheblichen Teil – damit Prestigeprojekte wie etwa die

Kö-Bogen-Tunnel zu bauen. Doch die werfen nicht nur keine Rendite ab, sondern verursachen im Gegenteil auch noch erhebliche Folgekosten. Gleichzeitig sind viele dringende Investitionen immer wieder aufgeschoben worden.

Es ist also viel liegen geblieben, nur leider kein Geld!

Es fehlen Schulen. Unsere Bäder sind, wie man so schön sagt, „abgebadet“. Unsere Kulturbauten sind in einem maroden Zustand und auch unsere Stadtverwaltung ist nicht optimal aufgestellt. Ich glaube, 10 Prozent unbesetzte Stellen und 5 Prozent überplanmäßige Stellen sind auch ein Indiz dafür, dass hier viele Jahre lang ziemlicher Wildwuchs geherrscht hat.

Deswegen stehen wir vor der Situation, dass wir mit ausgesprochen knappen Mitteln einen unglaublichen Handlungsdruck haben.

Doch ich sage: Lamentieren hilft nichts! Wir gucken nicht nach hinten, wir gucken nach vorn. Aber eines ist klar: Wir werden hier eine solide und sparsame Haushaltspolitik machen müssen.

Gleichwohl werden wir eines nicht tun: Wir werden nicht bei den Investitionen sparen, die für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt wesentlich sind.

Das betrifft zunächst einmal das Thema „Schulen“. Die Zahlen des alten Schulentwicklungsplanes – das sind noch Zahlen, die noch nicht mal die zusätzlichen Schülerinnen und Schüler unter den Flüchtlingen berücksichtigen – weisen aus, dass wir 50 zusätzliche Züge bis 2020 und damit weit über 200 zusätzliche Klassenzimmer brauchen. Das sind Investitionen, die erheblich sind, und schnellstmöglich durchgeführt werden müssen, denn die Schülerinnen und Schüler und deren Eltern haben einen Anspruch darauf, dass sie hier beschult werden und zwar mit einer Klassenstärke, die ein gewisses Maximum nicht überschreiten darf.

Wir haben hier sehr schnell gehandelt. Wir haben durch die Gründung der IPM und der Projektgruppe Schulbau auf der einen Seite organisatorisch die Voraussetzungen für die zügige Durchführung der erforderlichen Maßnahmen geschaffen und wir haben auf der anderen Seite in diesem Jahr bereits zwei Pakete mit schulorganisatorischen Maßnahmen in der Größenordnung von 150 Millionen Euro auf den Weg gebracht.

Wir werden auch den Masterplan Schulen weiter durchführen. Es kann nicht nur um Schulausbau und -neubau gehen, auch die Bestandsgebäude sind zum Teil in einem Zustand, der Sanierungen dringend erforderlich macht. Wir stehen dazu. Wir werden die 30 Millionen

Euro, die für den Masterplan Schulen in Aussicht gestellt wurden, in vollem Umfang ausschöpfen.

Ich weiß, es gibt dennoch viele Schülerinnen und Schüler, viele Eltern, denen es immer noch zu langsam geht. Erst neulich haben die Schülerinnen und Schüler des Comenius-Gymnasiums hier demonstriert. Ich kann nur an die Geduld appellieren: Wir holen hier nach, was viele Jahre versäumt wurde.

Mir ist auch klar: Wir werden zum Teil an Provisorien nicht vorbeikommen. Aber ich kann Ihnen zusichern: Wir tun unser Bestes und werden weitere Maßnahmen auf den Weg bringen.

So haben wir – auch das ist ein Restant, über den, glaube ich, seit zehn Jahren diskutiert wird – endlich den Neubau des Albrecht-Dürer-Kollegs in Angriff genommen. Ich bin sehr froh darüber, dass wir uns in diesem Hause einvernehmlich auf den Standort Benrath verständigen konnten. Damit kann dieses Projekt jetzt zeitnah durch die IDR realisiert werden. Ziel ist, dass es zum Schuljahr 2018/2019 am Standort Benrath zur Verfügung steht.

Ganz nebenbei darf ich erwähnen, dass die Wahl des Standorts Benrath in der Tat hilfreich war, um den RRX-Halt ab 2022 dort zu realisieren. Vor einigen Wochen hatte ich ein Gespräch mit dem Bahnvorstand Pofalla, das mich sehr, sehr zuversichtlich stimmt, dass es tatsächlich dazu kommen wird.

Meine Damen und Herren,

wir werden auch weiter in Kinderbetreuung investieren. Wir haben in diesem Jahr im Haushalt 275 Millionen Euro brutto für den Bereich Kinderbetreuung ausgegeben und werden das weiter ausbauen, Denn Kinderbetreuung ist ein wichtiges Bildungsangebot insbesondere für die zunehmende Anzahl von Kindern mit Migrationshintergrund. Wir wollen, dass die Kinder mit sechs Jahren, wenn sie in die Grundschule kommen, perfekt Deutsch können. Dafür müssen sie in die Kita gehen. Und wir brauchen die Kinderbetreuung, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu realisieren.

In der Tat ist diese Vereinbarkeit zum einen wirtschaftlich sinnvoll, wenn tatsächlich beide Eltern arbeiten können, da Fachkräfte auf dem Düsseldorfer Arbeitsmarkt immer knapper werden. Zum anderen sind viele Eltern auch auf das doppelte Einkommen angewiesen, weil sie sich sonst das Leben in einer vergleichsweise teuren Stadt wie Düsseldorf nicht leisten können. Deswegen gibt es keine Alternative dazu, die Kinderbetreuungsstrukturen weiterhin quantitativ und qualitativ auszubauen.

Die Verwaltung hat in diesem Zusammenhang einen Vorschlag gemacht, die Beiträge für die Kitas neu zu strukturieren. Ich weiß, das ist ein kontroverses Thema. Aber unserer Ansicht nach macht die Trennung zwischen U3 und Ü3 in der Gebührenordnung keinen Sinn. Bislang gibt es für U3 bei einem Einkommen ab 30.000 Euro Gebühren, für Ü3 keine. Eine alleinerziehende Mutter braucht aber sofort eine Betreuung, damit sie in der Lage ist, zu arbeiten und sich selbstständig zu versorgen.

Deshalb wollen wir den Kita-Besuch für Haushalte mit einem Einkommen von unter 50.000 Euro generell beitragsfrei machen. Dabei ist der Kita-Besuch gerade in Familien mit geringem Einkommen häufig ein echtes Bildungsangebot – und damit eine Frage der Chancengleichheit.

Wenn das Haushaltseinkommen darüber liegt, ist es in der Regel das Angebot der Kita, das gerade ein doppeltes Einkommen ermöglicht. Deswegen halten wir es für vertretbar, Beiträge zu erheben, die sich zum einen nach der Höhe des Einkommens und zum anderen nach der tatsächlichen Inanspruchnahme der Kita von 25, 35 oder 45 Stunden richten.

Selbst damit sind die von der Verwaltung vorgeschlagenen Beiträge im Quervergleich mit vergleichbaren Städten am unteren Rand - und selbstverständlich bleiben Geschwisterkinder frei.

Ich weiß, das Thema ist umstritten. Ich respektiere, wenn der Rat der Verwaltung in dieser Frage nicht folgen möchte: Ich bitte aber um eines: Egal wie der Rat darüber entscheiden mag – und der Beschluss über den Haushalt ist das Königsrecht des Rates –, der Grundsatz des weiteren Ausbaus der Betreuungskapazitäten hier in Düsseldorf darf nicht infrage gestellt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein weiteres Projekt, was wir durchführen, ist das Bäderkonzept. Auch dies ist ein Restant, der seit sechs Jahren diskutiert wird.

Wir haben jetzt ein Konzept vorgelegt, das die bedarfsgerechte Modernisierung oder den Neubau der „abgedaketen“ Düsseldorfer Bäderlandschaft vorsieht - und zwar auf der Grundlage eines wirtschaftlichen Konzepts. Wir haben ganz bewusst gesagt, wir müssen die Standorte zum Teil verkleinern und auf bestimmte Zielgruppen fokussieren. Mit den erzielbaren Grundstückserlösen aus dem nicht mehr benötigten Grundstücksteil können wir dann einen Teil der Investitionen refinanzieren.

Ein schönes Beispiel ist das neue Bad am Rhein im Stadtbezirk 4. Ich bin überzeugt, das wird ein Hingucker, und zwar von außen und von innen. Ein Bad, das dadurch finanziert

werden kann, dass wir den bisherigen Standort aufgeben und dort dringend notwendigen Wohnraum schaffen.

Meine Damen und Herren,

wenn es darum geht zu sparen, dann ist es meistens richtig, wenn man auch bei sich selbst anfängt. Natürlich ist der Personalkostenblock der größte, auf den wir selber Einfluss nehmen können. Doch wenn wir uns die Struktur der Verwaltung anschauen, dann geht es nicht nur darum, perspektivisch die Personalkosten zu verringern, es geht auch um die Frage, wie stellen wir uns eigentlich als Verwaltung langfristig auf, wie bleiben wir nachhaltig leistungsfähig?

Deswegen bin ich überzeugt, brauchen wir ein vorausschauendes Personalkonzept und wir müssen die Verwaltung einmal überprüfen. Welche Aufgaben soll eigentlich diese Verwaltung übernehmen? Es sind natürlich die Pflichtaufgaben und es sind Aufgaben, von denen wir möchten, dass sie die Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Düsseldorf erfüllt.

Wenn wir das entschieden haben, müssen wir uns die Effizienz anschauen: Wo gibt es Doppelarbeit, wo gibt es unnötige Schnittstellen, wo arbeitet sich Verwaltung an Verwaltung ab? Wo gibt es überflüssige Kontrollschleifen oder Dokumentationspflichten, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von den wesentlichen Aufgaben ablenken und wir sollten überprüfen, ob die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die technischen Betriebsmittel haben, um tatsächlich die optimale Leistung zu erbringen.

Dies sollten wir in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen der Personalvertretung untersuchen. Ziel ist ein ehrlicher Stellenplan, der eben nicht – wie gegenwärtig – 10 Prozent nichtbesetzte Stellen und 5 Prozent überplanmäßige enthält, sondern die Stellen ausweist, die erforderlich sind für die effiziente Erbringung der Aufgaben, die diese Verwaltung im Interesse der Bürgerinnen und Bürger leisten will.

Wir werden natürlich keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betriebsbedingt kündigen, sondern vorausschauend planen, sodass wir uns sukzessive dem ehrlichen Stellenplan annähern. Das bedeutet natürlich auch, dass wir vorübergehend wahrscheinlich mehr ausbilden müssen als wir unmittelbar brauchen, um eben langfristig den gesunden demografischen Aufbau der Verwaltung sicherzustellen. Wir haben hier in Düsseldorf – und nicht nur in Düsseldorf – folgende Situation: Durch die demografische Struktur der Verwaltung werden wir sehr viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verlieren, wenn die Babyboomer in Ruhestand gehen und wir werden umgekehrt zu diesem Zeitpunkt – denn da kommen geburtenschwa-

che Jahrgänge – gar nicht genügend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter finden, um diese Abgänge zu kompensieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

eine solide Haushaltspolitik bedeutet auch, dass wir darauf achten, dass das Geld, das wir ausgeben, auch tatsächlich die größtmögliche Wirkung entfaltet. Ich möchte in dem Zusammenhang auch etwas zur Kultur sagen.

Wir geben in dieser Stadt jedes Jahr etwa – je nachdem, wie man es berechnet – 130 Millionen für die Kultur aus. Es ist völlig klar, dass wir diesen Betrag nicht kürzen werden, aber wir werden ihn auch nicht ständig nennenswert erhöhen können. Deswegen ist es, richtig, dass wir uns hin und wieder darauf besinnen, womit die Kulturmetropole Düsseldorf eigentlich die höchste Strahlkraft entfaltet. Ich persönlich stelle fest, dass sich die tragenden Säulen der Kulturlandschaft in Düsseldorf, jedenfalls soweit sie öffentlich finanziert ist, in den letzten 15 Jahren nicht nennenswert verändert haben und das passt eigentlich nicht zu einer dynamischen Stadt, zu einer lebendigen Kulturmetropole.

Wenn ich mir überlege, was sind eigentlich die großen Leuchttürme in unserer Stadt? Wir haben ein Heine-Institut. Heine kennt man auf der ganzen Welt. Robert Schumann hat hier ein Haus, das kaum jemand kennt und in sehr marodem Zustand ist. ZERO ist eine Düsseldorfer Künstlergruppe, die auf der ganzen Welt Erfolge feiert – in New York, in Berlin, in Amsterdam, aber in Düsseldorf findet sich nicht viel von ZERO. Beispiel Kraftwerk: diese Gruppe hat die Musik revolutioniert, aber in ihrer Heimat Düsseldorf muss man lange suchen, um die Wurzeln zu finden. Ich finde, dies könnten Leuchttürme sein, mit denen Düsseldorf hell strahlen könnte.

Umgekehrt sollten wir uns auch mit den etablierten Einrichtungen befassen. Strahlt der wertvolle Schatz der Kippenberg-Stiftung wirklich optimal, wenn er zum Teil hinter Glas im Schloss Jägerhof gezeigt wird und ansonsten in einem sanierungsbedürftigen – und dem Vernehmen nach feuchten – Keller in Kisten lagert? Oder wäre es vielleicht besser, diese wertvollen Handschriften und Erstausgaben an einem anderen Ort zu zeigen? Vielleicht im hinteren Bereich des Schumann-Hauses, gemeinsam mit dem anderen Handschriften- und Erstausgabenschatz Schumann/Heine. Und zwar in einer zeitgemäßen Form archiviert und dem Fach- und Liebhaberpublikum zugänglich?

Oder der Glas- und Porzellanschatz, der in dieser Stadt verteilt ist. Es gibt die Sammlung Schneider im Schloss Jägerhof, es gibt die Sammlung Hentrich im MKP, es gibt das Hetjens-Museum. Vielleicht würde man gemeinsam mehr Wirkung entfalten? Stichwort Thea-

termuseum: Ist es in Zeiten der Digitalisierung wirklich erforderlich, alle Bühnenbilder und Kostüme aufwändig zu archivieren?

Ich glaube, es ist richtig, dass wir gemeinsam mit den Kulturschaffenden, mit den Kulturkonsumenten und mit denjenigen, die für die Kultur politisch verantwortlich sind prüfen, wie diese Stadt die 130 Millionen optimal einsetzt und mit ihren kulturellen Pfunden so optimal wuchert, dass Düsseldorf wieder eine veritable, lebendige Kulturmetropole wird.

Doch, natürlich, wenn man über den Haushalt redet, guckt man sich nicht nur die Ausgaben, sondern auch die Einnahmenseite an.

Stichwort Beteiligungen: zum Beispiel am Flughafen oder an der Messe. „Ausschließeritis“ ist nicht meine Sache und ich würde eine Veräußerung von Unternehmensbeteiligungen nicht grundsätzlich kategorisch ablehnen, aber wir dürfen auf gar keinem Fall Vermögenswerte, wie es Unternehmensbeteiligungen ja sind, veräußern, um damit laufende Ausgaben oder laufende Wohltaten, wie etwa die Beitragsfreiheit für Kindergärten, zu finanzieren. Das geht nicht, denn so wird man immer ärmer.

Genauso wenig sind städtische Beteiligungen in Form von Ausschüttungen Reservekassen zum Stopfen allfälliger Haushaltslöcher. Aber selbstverständlich müssen städtische Beteiligungen dann einen Beitrag zum Haushalt leisten, wenn sie dazu in der Lage sind, wenn sie leistungsfähig sind, wenn sie große Profite abwerfen. Das funktioniert beim Flughafen, es funktioniert bei der Messe, es funktioniert bei der IDR.

Es ist vernünftig, dass ein öffentlicher Eigentümer genauso einen Ausschüttungsanspruch, einen Renditeanspruch erheben kann wie ein privater Kapitalist. Der einzige Unterschied ist, dass der private Anteilseigner die Rendite privat vereinnahmt, während der öffentliche Anteilseigner das Geld nimmt und es für Zwecke des Gemeinwohls verwendet. Deswegen finde ich es legitim, dass die öffentliche Hand in ihren kommerziellen Beteiligungen auch einen Renditeanspruch erhebt.

Die Diskussion bei der Sparkasse ist mir völlig unverständlich, denn es ist über jeden Zweifel erhaben, dass die Sparkasse selbstverständlich ausschüttungsfähig ist. Daher habe ich kein Verständnis dafür, dass der Vorstand meint, er könnte einen Gewinn von über 100 Millionen eigenmächtig bunkern. Ich habe noch weniger Verständnis dafür, dass der Vorstand meint, er könnte dies am Verwaltungsrat, an den Gremien vorbei und insbesondere gegen den Träger machen. Und am allerwenigsten Verständnis habe ich dafür, wenn die Vertretung des Trägers im Verwaltungsrat diesem Ansinnen auch noch zustimmt. Ich kann nur sagen, liebe Freunde von der CDU, der Verwaltungsrat der Stadtparkasse dient nicht die Verlängerung der Auseinandersetzungen im Rat.

Wir haben zu entscheiden im Interesse der Stadtparkasse. Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Gremien, zwischen Stadtparkasse und Träger, ist zuallererst im Interesse der Stadtparkasse. Ich kann nur appellieren, Hören Sie auf mit dieser Politisierung von Organen, von Aufsichtsorganen städtischer Unternehmen oder kommunaler Einrichtungen.

Zum Thema Steuern: Wir haben im Haushaltsplan eine leichte Erhöhung der Vergnügungssteuer vorgesehen. Dabei handelt es sich um eine Wettbürosteuer und die hat in der Tat auch eine sinnvolle steuernde Wirkung.

Zurückhaltender bin ich beim Thema Gewerbesteuer: Wenn Sie sich anschauen, was sich gegenwärtig in den Gemeinden südlich von Düsseldorf - wie Monheim und Langenfeld – abspielt. Diesen Steuersenkungswettbewerb halte ich nicht nur für sehr kurzfristig ich glaube, er wird auf Dauer der gesamten kommunalen Familie ganz erheblich schaden. Das ist Kannibalisierung zum Schaden aller. Gleichwohl wäre vor diesem Hintergrund eine Diskussion um eine Anhebung der Gewerbesteuer das falsche Signal und deswegen müssen wir die Finger davon lassen, meine Damen und Herren.

Wir haben im Haushaltsplan Einnahmen aus der Gebührenerhöhung für Parkgebühren. Das halte ich nun in der Tat für eine nicht nur haushaltswirtschaftlich gebotene, sondern auch verkehrspolitisch sinnvolle Sache. Da wir das Ziel haben, den modal split zu drehen und mehr Menschen auf Bus und Bahn zu bringen, ist es richtig den Individualverkehr zu versteuern. Mal abgesehen davon, dass die vorgesehene Höhe der Parkgebühren in anderen vergleichbaren Metropolen üblich ist.

In Bezug auf Verkehr bin ich sehr froh, dass wir die U81 auf den Weg gebracht haben und wir uns alle im Grundsatz einig sind, dass diese circle line von Ratingen bis Neuss eine verkehrspolitisch vernünftige Sache ist. Aber ich bitte herzlich darum, diesen Konsens jetzt nicht zu zerreden und zu fordern, dass man den ersten Bauabschnitt erst macht, wenn der vierte auch noch feststeht. Das muss jetzt in Angriff genommen werden, zumal die Zuschussmittel nur bis 2019 verfügbar sind.

Aber eines muss auch klar sein: Angesichts der Haushaltslage können wir uns Luxus nicht leisten. Deswegen kann es bei der U81 eben, so leid es mir tut, auch keinen Tunnel geben, der 30 Millionen mehr kostet, die uns keiner refinanziert. Wissen Sie, man kann nicht den Gralshüter der Schuldenfreiheit spielen und gleichzeitig Luxusvarianten wollen. Das geht nun wirklich nicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

die Prosperität unserer Stadt und insofern wahrscheinlich auch ihre finanzielle Leistungsfähigkeit hängt natürlich auch ganz wesentlich davon ab, dass wir wirtschaftlich stark bleiben. Ich brauche Ihnen nicht zu erzählen, dass Düsseldorf wirtschaftlich gut dasteht. Wir haben eine robuste, eine diversifizierte Wirtschaftsstruktur von Chemie und Stahl bis zur Kreativwirtschaft, von verarbeitender Industrie bis zu Banken und Versicherungen und natürlich auch ein sehr innovatives Informations- und Kommunikationstechnologiecluster.

Doch diese wirtschaftliche Stärke darf kein Ruhekissen sein, auf dem wir uns ausruhen, sondern wir müssen es als Humus verstehen, auf dem sich etwas Neues entwickeln kann. Deswegen bin ich sehr froh, dass wir in den zurückliegenden Monaten die Start-up-Initiative geschaffen und Düsseldorf als attraktiven Standort für junge Unternehmen etabliert haben. Für junge Unternehmer, die aus einer Geschäftsidee ein Unternehmen machen wollen.

Der Rheinland-Pitch hat mich begeistert. Hier waren 800 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, 800 Leute mit interessanten Geschäftsideen und dort ist der Funke für unsere Stadt schon übergesprungen. Die haben gespürt, Düsseldorf, das ist ein Standort, wo man etwas machen kann, wo sich so ein Ökosystem entwickeln kann, wo Ideen auf fruchtbaren Boden fallen.

Das heißt nicht, dass wir den Fokus nur auf Start-ups richten, denn selbstverständlich ist es für junge Start-up-Unternehmer gerade auch attraktiv, wenn es etablierte Unternehmen vor Ort gibt, denn das sind mögliche Kunden oder später sogar mögliche Übernehmer.

Und noch ein Punkt zur Frage „Was macht unsere Stadt attraktiv?“ Ich glaube, wir müssen unsere Stadt noch kompetenter, noch besser vermarkten. Das war der Grund, weshalb wir entschieden haben, das Stadtmarketing neu aufzustellen.

Wir haben festgestellt, es ist nicht so, dass Düsseldorf keine attraktive touristische Destination ist, wir haben ja sogar steigende Übernachtungszahlen. Aber unbefriedigend ist, dass Hamburg und auch Frankfurt nicht nur in absoluten Zahlen höhere Übernachtungszahlen als Düsseldorf haben, sondern eben auch ein stärkeres relatives Wachstum. Das heißt, der Abstand wird immer größer.

Meine Damen und Herren,

ich kann Ihnen sagen, ich war in Frankfurt und ich war in Hamburg, und ich bin überzeugt, Düsseldorf kann mehr. Es kann nicht sein, dass die uns abhängen. Wir sind besser. Wir müssen es nur noch deutlicher nach außen machen.

Deswegen ist es richtig, dass wir das Stadtmarketing neu aufstellen, dass wir den Dachmarkenprozess, der irgendwann einmal jählings abgebrochen wurde, als man das „lachende D“ hatte, wieder aufmachen wollen. Wir müssen eine Marke entwickeln. Wir müssen das entwickeln, was Düsseldorf unverwechselbar macht. Diese Marke, die rollen wir dann über Tourismus, über Events und perspektivisch auch über das Standortmarketing aus. So werden wir dafür sorgen, dass jeder das weiß – auch außerhalb Düsseldorfs –, was wir alle längst wissen: Düsseldorf ist eine großartige Stadt ist, wo man gerne Urlaub macht, wo man sich gerne niederlässt und wo man auch gerne investiert.

Lassen Sie mich noch etwas sagen zum natürlich drängendsten Problem in dieser Stadt, nämlich zur Frage „Wie bewältigen wir das Bevölkerungswachstum?“ Wir haben ja bisher damit gerechnet, dass Düsseldorf in einer Größenordnung von etwa 3.000 Einwohnerinnen und Einwohnern pro Jahr wachsen wird. Ich nehme an, dass wir diese Prognosen vor dem Hintergrund der wachsenden Zahl von Flüchtlingen, die nach Deutschland kommen, signifikant nach oben anpassen müssen. Ich halte es für möglich, dass wir in den nächsten 20 Jahren eben nicht mit 3.000 Neu-Düsseldorferinnen und -Düsseldorfern, sondern vielleicht mit 5.000 oder 6.000 pro Jahr rechnen müssen.

Deswegen ist das Thema „Wohnungsbau“ so dringend! Wir haben das Thema „Wohnungsbau“ in den Mittelpunkt unserer Städtebauaktivitäten getellt und uns das Ziel gesetzt, 3.000 Wohnungen pro Jahr zu schaffen. Wir sind da auf gutem Wege, aber ich befürchte, perspektivisch wird auch das noch zu wenig sein. Deswegen ist es wichtig, dass wir zügig entscheiden und die Prozesse beschleunigen. Sowohl im Planerischen wie bei Genehmigungsverfahren.

Ich bin vor dem Hintergrund auch froh, dass das Land, dass Minister Groschek uns ein Globalbudget für öffentlich geförderten Wohnungsbau gegeben hat. Damit können wir recht unbürokratisch dort, wo wir dies wollen und wo es sinnvoll ist, im großen Stil öffentliche Mittel des Landes und des Bundes in Anspruch zu nehmen, um hier bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Meine Damen und Herren,

mir ist es wichtig, dass wir beim Handlungskonzept Wohnen an den Zielsetzungen festhalten. Es besteht ein großer Konsens über alle Fraktionsgrenzen hinweg: Wir wollen zunächst Innenverdichtung vor Außenverdichtung und wir wollen sicherstellen, dass in allen Stadtteilen Düsseldorfs die Durchmischung erhalten bleibt. Den Reiz der Großstadt machen eben nicht die segregierten Reichen- und Armenviertel aus, sondern die durchmischten lebendigen Stadtteile. Genau das ist das Ziel des Handlungskonzeptes Wohnen. Ich darf darum bitten, sorgen Sie gemeinsam dafür, dass das Handlungskonzept Wohnen dieser Zielset-

zung gerecht wird. Es darf nicht sein, dass das Handlungskonzept Wohnen zu einem Verzögerer oder womöglich Verhinderer von Wohnungsbau wird. Wohnungsbau ist das dringendste Problem in dieser Stadt und wird es perspektivisch bleiben.

Lassen Sie mich noch eine Sache sagen. Unsere Stadt wächst, unsere Stadt wird immer mehr verdichtet. Wir leben immer enger zusammen. Eine Sache, die mir wirklich Sorgen macht ist, dass es immer mehr Besitzstandsdenken und Unduldsamkeit gibt.

Ich finde es schwer erträglich, dass wir kaum noch einen Bolzplatz bauen können, ohne links und rechts und vorne und hinten Schallschutzwände aufzustellen. Ich finde es unerträglich, dass es in Düsseldorf Zonen gibt, wo es dieses unsäglich Schild „Hunde und Kinder verboten“ gibt. In der Großstadt muss das Gebot der gegenseitigen Rücksichtnahme gelten und nicht das Prinzip der gegenseitigen Abschottung! Das ist doch der Zauber der Großstadt, dass in der Großstadt unterschiedliche Lebensentwürfe, Jung und Alt, Arm und Reich, Ausländer, Inländer zusammen leben und jeder lebt in dem Verständnis: Die Vielfalt macht erst den Reiz der Großstadt aus.

Deswegen kann ich nur appellieren an diesen Geist des Miteinanders gerade in der wachsenden, in der sich verdichtenden Großstadt, auch im Planungswesen. Es kann nicht sein – Fläche ist das knappste Gut in dieser Stadt –, dass wir bestimmte Flächen nicht bebauen dürfen, weil es mehr heranrückende Wohnbebauung nicht geben darf. Oder dass Gewerbe/Industrie sich nicht ansiedeln darf, weil dann Geräuschemissionen bedingen, dass Flächen leer bleiben. Wir müssen intelligente Konzepte finden, aber wir appellieren auch an den Geist der gegenseitigen Rücksichtnahme.

Wenn ich zurückblicke: Ich glaube, wir haben im zurückliegenden Jahr vieles gemeinsam auf den Weg gebracht. Ich bin glücklich darüber, dass wir den Tanker auf Fahrt gebracht haben.

Meine Damen und Herren,

die Herausforderungen, vor denen diese Stadt steht, sind groß. Ich lade Sie herzlich dazu ein: Bringen Sie sich mit ein! Seien Sie dabei! Lassen Sie uns gemeinsam diese Stadt vorwärtsbringen! Dafür sind wir gewählt. Herzlichen Dank.